

# Bundeswehr abschaffen statt Sozialabbau!

## Was Sozialraub mit dem Militäretat zu tun hat, und warum sich die Armee über viele Arbeitslose freut

Das Geld für den Airbus A 400 M sparen Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, Rentnerinnen und Rentner sowie 8-Euro-Gesundheitsprämienzahler locker in gut einem Jahr zusammen.

Leere Kassen bei Bund, Ländern und Kommunen. Immer wieder bemüht die herrschende Politik dieses Argument, um Kürzungen im Sozialbereich zu legitimieren. Rund 4 Mrd. Euro sollen zum Beispiel die von der Großen Koalition beschlossenen Streichungen beim Arbeitslosengeld II ab 2007 bringen; die Kappung des erst 2004 eingeführten Zuschusses an die gesetzliche Krankenversicherung wird Finanzminister Steinbrücks Etat 2008 um 4,2 Mrd. Euro entlasten. Alleine diese beiden Beschlüsse der schwarz-roten Koalition kosten die Betroffenen 8,2 Mrd. Euro – jährlich, ab 2008.

Während also das übernächste Jahr für gesetzlich Krankenversicherte und Erwerbslose ein eher trauriges sein wird, hat das deutsche Militär Grund zur Zufriedenheit. Denn 2008 soll das neue Transportflugzeug der Bundeswehr, der Airbus A 400 M, zum ersten Mal abheben. Den braucht die Truppe, weil neuerdings Deutschland „auf allen Meeren und Kontinenten“ (so die Bundeswehrzeitung „aktuell“) verteidigt wird. Und schließlich müssen Mannschaften und Gerät dort auch irgendwie hinkommen. Für die Anschaffung von 60 Transportmaschinen will der Bund – so die ursprüngliche Planung – 8,3 Mrd. Euro ausgeben. Das Geld für den A 400 M sparen Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, Rentnerinnen und Rentner sowie – ab 2009 – 8-Euro-Gesundheitsprämienzahler locker in gut einem Jahr zusammen.

Die Aufwendungen für die deutsche Armee scheinen auf den ersten Blick nur bedingt dem Erfordernis der Haushaltskonsolidierung zu unterliegen. Das bestätigt zumindest die mittelfristige Finanzplanung, die von 2006 bis 2010 für den Einzelplan 14, der die allermeisten Militärausgaben

enthält, eine Steigerung um 1,6 Mrd. Euro oder 5,8 Prozent vorsieht, während das Wachstum der gesamten (bereinigten) Bundesausgaben nur 2,8 Prozent betragen soll. Kriege sind eben teuer; alleine der Bundestagsbeschluss im September, die deutschen Truppen ein weiteres Jahr in Afghanistan zu belassen, verursacht Kosten in Höhe von weit über 400 Mio. Euro.

Allerdings gilt es, ein mit dem Beispiel oben provoziertes Missverständnis auszuräumen: Im sozialen Bereich werden Leistungen nicht deshalb gekürzt, um zusätzliche finanzielle Mittel für die Bundeswehr frei zu machen. Für einen solchen Zusammenhang lassen sich für die Vergangenheit keine belastbaren Zahlen finden. Denn während das Volumen des Einzelplans 14 zwischen 1990 und 2003 um (preisbereinigt) 30,6 Prozent gesunken ist, stiegen die Ausgaben des Bundes für soziale Zwecke um über 110 Prozent an. Anders ausgedrückt: Auf 10 Euro, die der

Bund für Soziales aufwendet, kamen 1990 vier Euro Rüstungsausgaben, 2003 waren es nur noch 1,50 Euro. Rein quantitativ, fiskalpolitisch betrachtet rennt die Friedensbewegung also mit der Parole „Abrüstung statt Sozialabbau“ seit eineinhalb Jahrzehnten offene Türen ein. Der Kern des Problems ist offensichtlich ein anderer, nämlich dass jeder fürs Militär verausgabte Euro einer zuviel ist. Das soll man dann aber auch so sagen. Deshalb: „Bundeswehr abschaffen statt Sozialabbau!“.

Dass der Militäretat seit Jahren auch nominell schrumpft (zwischen 1990 bis 2005 um 12 Prozent) und er zur Haushaltsdefizitreduzierung beitragen musste – der DDR-Beitritt, Steuergeschenke der rot-grünen Koalition in Höhe von 50 Mrd. Euro, eine unterdurchschnittliche Konjunktur-entwicklung und ein andauernd hohes Niveau der Erwerbslosigkeit ließen das Defizit im Bundeshaushalt anschwellen – , wurmt naturgemäß auch Kriegsminister Franz Josef Jung. In einem Beitrag der Zeitschrift „Strategie & Technik“ (Heft 1/2006) gab er Folgendes zu bedenken:

„Die Konsolidierung unserer Staatsfinanzen hat ... Vorrang, denn nur so bekommen wir eine solide Grundlage für den Verteidigungshaushalt und können vermeiden, dass er zum Schließen von allgemeinen Haushaltslöchern missbraucht wird.“

Soll heißen: Das Militärbudget ist etwas Herausragendes, denn im Gegensatz zu anderen Ausgaben-



Deutschland braucht Mumm! Beim Militäreinsatz in Afghanistan ebenso wie beim Sozialabbau à la Koch („Operation Sichere Zukunft“), denn wenn der Aufstiegszwill der Unterschicht erst mal ruiniert ist, haben wir den Salat. Roland Koch und Franz Josef Jung bei einem Schaumweinhändler im Rheingau.



## Die Arbeitsagenturen sind zu militärischen Rekrutierungsbüros mutiert. Die Armee der Arbeitslosen ist es, die im „deutschen Interesse“ die Interventionskriege der Zukunft ausfechten wird.

blöcken darf sein Volumen nicht von den zur Verfügung stehenden Einnahmen abhängen, sondern ausschließlich von den im militärischen Sinne sachlich notwendigen Ausgaben. Deshalb wäre ein Beitrag zur Haushaltssanierung Zweckentfremdung, ja sogar „Missbrauch“. Aber: Wenn die Staatsfinanzen allzu sehr ins Schlingern geraten, dann steht, so ist das eben in der Demokratie, auch der Rüstungshaushalt politisch unter Kürzungsdruck. Um also einen drohenden „Missbrauch“ abzuwehren, ist es unumgänglich, die Staatsfinanzen langfristig zu konsolidieren oder, besser gesagt, das Auftreten allgemeiner Haushaltslöcher nach Möglichkeit zu vereiteln. Dabei sind Steuererhöhungen nur der zweitbeste Weg, denn je höher die Steuerquote ist, desto größer droht die Lücke in der Kasse auszufallen, wenn die steuerlichen Einnahmen konjunkturbedingt einbrechen. Die günstigere Variante lautet, die Staatsstätigkeit vom schnellen Auf und Ab der Wirtschaft und den wachsenden Kosten des sozialen Systems tendenziell abzukoppeln und die Staatsquote zu senken. Hier schließen des Ministers Überlegungen nahtlos an neoliberale Konzepte an, die aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus eine sinkende Staatsquote präferieren.

Ein Absenken der Staatsquote bedeutet vor allem, dass die Kosten, die früher die sozialstaatlichen Sicherungssysteme getragen haben, schrittweise auf den Einzelnen abgewälzt werden: Er muss mehr „Eigenverantwortung“ zeigen und „Eigenvorsorge“ betreiben, im Gesundheitsbereich soll er höhere Zuzahlungen leisten und sich privat um die Rente kümmern („Riester-Rente“). Bei Erwerbslosigkeit werden die Kosten auf die privaten Einkommen der Bedarfsgemeinschaften abgewälzt und Hartz-IV-Empfänger/innen müssen auf ihr Vermögen zurückgreifen, um nur einige Beispiele zu nennen. Eine weitere Möglichkeit für den Staat, sich von den Unwägbarkeiten des Wirtschaftsprozesses zu emanzipieren, ist es darüber hinaus, Steuer- durch

Gebührenfinanzierung zu ersetzen. Denn letztere hat den Vorteil, dass die Einnahmen für eine staatliche Leistung im selben Maße ansteigen wie die Nachfrage nach derselben – unabhängig von der Konjunktur. Im Prinzip tragen Studiengebühren dazu bei, einen „Missbrauch“ des Rüstungshaushalts abzuwehren.

Der Zusammenhang von Militär und Sozialabbau erschöpft sich allerdings nicht nur in der Frage danach, in welcher Weise Aufrüstung und Krieg finanziert werden. Von großer Bedeutung fürs Militär sind die Kürzungen im Sozialbereich auch deshalb, weil sie es den Werbepersonen der Bundeswehr erleichtern, Soldaten zu rekrutieren. Denn die Bundeswehr ist heute keine Wehrpflicht-Armee mehr, jedenfalls dort nicht, wo deutsche Truppen im Ausland intervenieren und Krieg führen. Alle Bundeswehrangehörigen etwa in Afghanistan oder im Libanon haben sich auf Zeit verpflichtet oder sind Berufssoldaten.

Über die Motivation von Jugendlichen, sich beim Militär einzuschreiben, ist wenig bekannt. Das ist auch deshalb so, weil die jüngsten Untersuchungen der Bundeswehr zu diesem Thema der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung stehen. Andere Studien bieten aber Anhaltspunkte dafür, dass sich die jungen Männer (und Frauen) vor allem aus ökonomischen Gründen und weniger aus Überzeugung bei der Armee verpflichten. Über 70 Prozent der am Soldatenberuf interessierten Jugendlichen gaben in einer Befragung an, sie würden vor allem aufgrund der Arbeitsplatzsicherheit zur Bundeswehr gehen, während 90 Prozent der Befragten, die ihre Zukunft nicht beim Kommissar sahen, hierfür als Grund die Aussicht auf einen besseren Arbeitsplatz nannten. Eine andere Erhebung, die Unteroffiziere in den Blick nahm, zog folgendes Fazit: „Wer vor der Bundeswehr arbeitslos war, neigte überrepräsentativ stark zu einer längeren Verpflichtungszeit.“ Von den befragten Unteroffizieren hatten ca. 40 Prozent einen Hauptschul- und rund 50 Prozent einen Realschulabschluss. Die geringen Chancen der Haupt- und Realschüler/innen auf eine

Berufsausbildung (2004 konnten 51,6 Prozent der Abgänger/innen mit Hauptschulabschluss nach der Schule keine qualifizierende Ausbildung beginnen) dürften ihren hohen Anteil unter den Unteroffizieren erklären.

Mit Hartz IV und der Verschärfung verschiedener Regelungen im Sommer 2006 hat die Arbeitsmarktpolitik den Druck insbesondere auf unter 25-jährige Langzeitarbeitslose nochmals deutlich erhöht. Diese müssen jede „zumutbare“ Arbeit annehmen, sonst droht die vollständige Kürzung des Arbeitslosengeldes II. Zwar ist noch kein Fall bekannt geworden, in dem die Weigerung, bei der Bundeswehr sich zu verpflichten, zu einer solchen Streichung geführt hätte, aber der Druck auf die Jugendlichen ist immens groß. Und mit jedem Einschnitt ins soziale Netz wird er größer. Das weiß auch die Armee. Davon zeugen die Hunderte von Informationsveranstaltungen und –seminare, in denen sich die Bundeswehr jedes Jahr in den Arbeitsagenturen als potentieller Arbeitgeber für die unter 25-Jährigen präsentieren kann. Dabei suchen sich die Rekrutierer offensichtlich jene Regionen gezielt aus, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist. Zweidrittel der in diesem Jahr noch stattfindenden Militär-Werbeveranstaltungen der Agenturen finden in Kommunen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit statt.

Die Arbeitsagenturen sind zu militärischen Rekrutierungsbüros mutiert. Die Armee der Arbeitslosen ist es, die im „deutschen Interesse“ die Interventionskriege der Zukunft ausfechten wird. Um dies zu verhindern, bleibt nur eins: Sozialabbau rückgängig machen und Bundeswehr abschaffen!



### Fragen? Antworten gibt's hier:

**Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)**

**DFG-VK Landesverband Hessen**

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt

Tel.: 069 – 43 14 40

[dfgvkhessen@t-online.de](mailto:dfgvkhessen@t-online.de)

<http://www.dfg-vk-mainz.de>

**DFG-VK Bundesgeschäftsstelle**

Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt / Main

Telefon 069-272 982 31

[office@dfg-vk.de](mailto:office@dfg-vk.de)

[www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

Vi.S.d.P.: FJ Murau, c/o DFG-VK Hessen